

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2017

Thomas Biebricher (Hrsg.): *Der Staat des Neoliberalismus*.

Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2016, 285 S., ISBN: 978-3-8487-3256-2



Thomas Biebricher, derzeit an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main lehrender Politikwissenschaftler mit dem Forschungsschwerpunkt „Die politische Theorie des Neoliberalismus“, versammelt als Herausgeber in dem Band „Der Staat des Neoliberalismus“ eine bunte Schar zu eben diesem Thema – sowohl im Hinblick auf die Inhalte der Beiträge, als auch bei den Autor*innen. Er will sich mit der Zusammenstellung dieser Beiträge dem Staatsverständnis des (Neo-) Liberalismus nähern oder vielmehr den Staatsverständnissen. In seiner Einleitung nennt er Neoliberalismus und Staat „ziemlich beste Feinde“ und arbeitet heraus, dass zwar Märkte und der Glaube an die Effizienz von freien Märkten im Fokus des Neoliberalismus stehen, aber der Staat sein „neuralgischer Punkt“ ist, weil er ohne ihn nicht existieren kann und er sich genau deswegen staatskritisch kontinuierlich an ihm „abarbeitet“.

Der Staat ist ein beständiger Irritationsfaktor für den „real existierenden Liberalismus“, aber zugleich notwendige Bedingung zur Durchsetzung einer neoliberalen Agenda, die laut Biebricher in sich abwechselnden *Roll Back*- und *Roll Out*-Bewegungen erfolgt. Während ein *Roll Back* wie z. B. unter Margaret Thatcher oder Ronald Reagan auf Zurückdrängung des Staates und Deregulierung zielt, forciert ein *Roll Out* die Transformation der Staatlichkeit, indem gefragt wird, wie der Staat zum besseren Funktionieren von Märkten beitragen oder diese restrukturieren kann. Ein Beispiel dafür sind die moderaten Regulierungstendenzen des *New Public Management*. Biebricher betont, dass sich Neoliberalen nicht der Phantasie der Abschaffung des Staates hingäben oder einen Minimalstaat forderten, sondern es ihnen um die Stärkung bestimmter Elemente des Staates und die Schwächung anderer gehe, um bestimmte Effekte zu erzielen, aber auch um die Entwicklung normativer Kriterien, die zur Bewertung staatlichen Handelns herangezogen werden können (S. 17). Dies gelte sowohl im theoretischen liberalen Diskurs als auch in der neoliberalen Praxis, was er durch Auswahl und Anordnung der Beiträge im Buch zu illustrieren versucht.

Zu diesem Zweck hat Biebricher den Band und die darin enthaltenen Aufsätze in drei Teile gegliedert: Im Abschnitt „Der Staat im neoliberalen Denken“ findet sich eine Rekonstruktion des Staatsverständnisses und seiner Entwicklung im Ordoliberalismus (Ralf Ptak), dem deutschen „Sonderweg“ des Neoliberalismus, Ausführungen zum Hayekschen Staatsbegriff mit dem für Liberale so zentralen Ideal des Rechtsstaats (Raymond Plant) und eine Darstellung des Staatsverständnisses von James Buchanan, die zugleich Einordnung und Abgrenzung vom Neoliberalismus ist (Reinhard Zintl). Dabei sticht insbesondere der zuletzt genannte Beitrag heraus, da Buchanans theoretische Überlegungen und Schlussfolgerungen durch den Autor sehr kompakt und „auf den Punkt“ formuliert werden. Zugleich wird präzise herausgearbeitet, inwiefern Buchanans Staatsverständnis ein neoliberales ist, wo es darüber hinausgeht und wo Buchanan argumentative Schwächen hat. In diesem ersten Teil gelingt es zu zeigen, dass es im neoliberalen Denken ein breites und nicht widerspruchsfreies Spektrum an staatstheoretischen Zugängen und Konstruktionen gibt.

Der zweite Abschnitt, „Die Analyse des neoliberalen Staates“, wendet sich dem Staat im „real existierenden Neoliberalismus“ zu – mit Beiträgen, die als Versuche einer (teilweisen) Genealogie neoliberaler Staaten verstanden werden können. Der erste Beitrag (Bob Jessop) in diesem Teil kreist um das „Paradox des Neoliberalismus“ – der Neoliberalismus tritt für die Dominanz der Logik des Tauschwerts ein, ist aber selbst weitgehend gerade nicht das Produkt von Marktkräften, sondern von politischen Kräften – und versucht sich an einer Herausarbeitung von idealtypischen neoliberalen Staatstypen. Der zweite Beitrag (Birgit Sauer) „schlägt“ beim Lesen der Überschrift, „Neoliberalisierung von Staatlichkeit. Geschlechterkritische Überlegungen“ und bei der Ankündigung eines feministisch-materialistischen Staatskonzepts zunächst „aus der Art“. Die Autorin, bezeichnenderweise die einzige Frau unter den im Buch Vertretenen, arbeitet aber auf überzeugende Weise heraus, dass Neoliberalisierung einen Umbau des Staates bedeutet, der auf unterschiedliche Weise und in verschiedene Richtungen auch die Geschlechterverhältnisse beeinflusst. Es wird deutlich, dass zwar die neoliberalen staatlichen Transformation nicht in Richtung Geschlechtergerechtigkeit weist und in vielfacher Hinsicht ein männlich dominiertes Projekt ist, der (Neo-)Liberalismus aber zugleich eine Auflösung hierarchischer heteronormativer Zweigeschlechtlichkeit bewirkt. Der dritte Beitrag (Loïc Wacquant) zeigt unter der Überschrift des „neoliberalen Leviathans“ deutliche Einflüsse Foucaultscher Denkmuster und -traditionen und versteht den Neoliberalismus „als komplexe, wenngleich asymmetrische Regulationsweise, die den Staat dafür einspannt, seinen Bürgern so weitgehend wie möglich marktförmiges Verhalten aufzunötigen“ (S. 183). Spätestens mit diesem Beitrag deutet sich die zunächst nicht klar erkennbare Tendenz des Buches an, Beiträge zu versammeln, die implizit oder explizit den Neoliberalismus und seine Auswirkungen kritisieren – nicht plump, sondern argumentativ unterstellt, aber in der Gesamtschau unausgewogen. Eine noch breitere Auswahl unter den Autor*innen, bei denen z.B. der Ordoliberalismus nicht nur als überholter Ansatz gewürdigt wird, hätte dem Band gut getan und wäre seinem Titel besser gerecht geworden.

Dieser Eindruck verstärkt sich im dritten Teil, „Der Staat in der neoliberalen Praxis“, bei dem die realen und vermeintlichen negativen Folgen des neoliberalen „Projekts“ auf Staat und Gesellschaft an konkreten Beispielen herausgearbeitet werden. Den Anfang macht eine Darstellung der Governance-Formen in Großbritannien anhand einer Fallstudie zur Übertragung von Glasgower Sozialwohnungen aus öffentlicher Hand in den dritten Sektor (Mark Bevir/Kim McKee). Der zweite Beitrag (Jamie Peck) wirft einen Blick auf die kommunale Ebene der USA – ausgehend von der fiskalischen Krise vieler Kommunen seit 2007/2008, auf die mit einer Politik der permanenten Austerität reagiert wurde. Der Autor arbeitet heraus, dass defizitäre Haushalte systematisch konservative und staatskritische Kräfte stärken. Diese Analyse ist auch für weniger austeritätskritische Leser*innen lohnenswert, weil sich dadurch bestimmte, in Europa nur „aus der Entfernung“ und zum Teil mit Unverständnis wahrgenommene Politik- und Debattenmuster in den USA sowie die spezifische US-amerikanische Politikwortwahl schlüssig erklären. Der letzte Beitrag (Jens Wissel) beschreibt die EU als neoliberales Staatsprojekt und nimmt mit dem Titel „Autoritärer Wettbewerbsetatismus. Dynamiken der ‚marktkonformen Demokratie‘ in Europa“ die Wertung schon vorweg, wenngleich die Analyse aktueller Tendenzen des autoritären Etatismus in Europa auch den Liberalen zu denken geben sollte, wenn sie ihr „Projekt“ nicht scheitern sehen wollen.

Trotz der bereits erwähnten Unausgewogenheit gelingt es Biebricher, mit der Auswahl der Texte seine These von den „ziemlich besten Feinden“ zu untermauern, und es tritt eine Erkenntnis klar hervor: Ohne Staat kein (Neo-)Liberalismus, sowohl theoretisch als auch praktisch.

Dresden

Jana Licht